

Datum 09.07.2015

Quelle Die Zeit, Hamburg, Seite 16

Deutsche ohne Gnade

Wer in der Bundesrepublik vom Armenier-Genozid spricht, darf vom deutschen Völkermord an den Herero und Nama nicht schweigen – von Norbert Lammert

Vor genau 100 Jahren endete die Kolonialherrschaft in Deutsch-Südwestafrika – ein bedeutendes, aber weithin vergessenes Kapitel der deutschen Geschichte. Der Sieg des antikolonialen Widerstands war eine fast unauffällige Folge des Ersten Weltkriegs: Am 9. Juli 1915 kapitulierte die kaiserliche "Schutztruppe" vor der Armee der Südafrikanischen Union, die aufseiten des britischen Empires gegen das Kaiserreich kämpfte.

Die Erinnerung daran spielt im heutigen Namibia eine ungleich größere Rolle als in Deutschland. Zugleich aber steht das mangelnde Gedenken an die eigene koloniale Vergangenheit hierzulande in einem auffälligen Gegensatz zu der im April leidenschaftlich geführten Debatte anlässlich des 100. Jahrestages des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich. Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil das Kaiserreich für die Massaker und Deportationen in Ostanatolien zwar mitverantwortlich war, indem es seine Einflussmöglichkeiten zur Rettung von Menschenleben nicht nutzte, die deutsche Schuld an den Grausamkeiten in den Kolonien demgegenüber aber ganz unmittelbar ist.

Deutschland war im Kreise der europäischen Mächte gewiss nicht die führende Kolonialmacht. Mit seiner kurzen kolonialen Vergangenheit verbinden sich gleichwohl beschämende Verbrechen – vor allem die gnadenlose Niederschlagung des Aufstands der Herero und Nama zwischen 1904 und 1908. Dabei war zunächst gar nicht von Kolonien, sondern nur von "Schutzgebieten" die Rede, um die weltweiten Einflussmöglichkeiten und Wirtschaftsinteressen Deutschlands abzusichern. Völkerrechtlich und de facto jedoch wurden sie als Kolonien beherrscht. Die "Schutztruppe" in Deutsch-Südwest war eine Besatzungsmacht in einem unterworfenen Land.

Obwohl Otto von Bismarck kein erklärter Förderer des Kolonialgedankens war, erwarb das Reich unter seiner Regierung die meisten Kolonien, in Afrika, aber auch in Teilen Asiens. Bismarck setzte vorrangig auf die wirtschaftlichen Unternehmungen privater Gesellschaften und war weniger von imperialer Geltungssucht getrieben. Gleichwohl gehört es zu den großen Versäumnissen seiner Kanzlerschaft, dass er der einflussreichen kolonialen Lobby, den imperialen Bestrebungen des jungen Wilhelm II. und dem Traum von einem deutschen "Platz an der Sonne" nicht entschieden entgegengetreten ist.

Der wirtschaftliche Ertrag der Kolonien war eher dürftig. Doch die einheimische Bevölkerung litt schwer unter den Demütigungen durch die rassistische Feudalgewalt der Kolonialherren. Im Südwesten Afrikas eskalierten 1904, nach Jahren des Widerstands gegen die Fremdherrschaft, Konflikte mit den deutschen Siedlern zu einem

erbarmungslosen Krieg, den die Deutschen als einen "Rassekrieg" führten. "Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auch auf sie schießen", lautete der berüchtigte "Schießbefehl" des deutschen Oberbefehlshabers, Generalleutnant Lothar von Trotha. "Kein Pardon" war damals die allgemeine Parole.

Nicht nur den Kampfhandlungen, sondern auch Krankheiten und dem gezielten Morden durch Verdursten- und Verhungernlassen fielen Zehntausende Herero und Nama zum Opfer, andere starben in Konzentrationslagern oder bei der Zwangsarbeit. Am Ende stand für die Überlebenden die totale Enteignung. Sie verloren ihr Land und ihre Herden und damit ihre Lebensgrundlage.

An den heutigen Maßstäben des Völkerrechts gemessen — demnach ist der Straftatbestand des Völkermords erfüllt, wenn die Absicht besteht, "eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören" — , war die Niederschlagung des Herero-Aufstandes ein Völkermord. So wird es von zahlreichen, auch deutschen Historikern bewertet.

Unabhängig von der Frage, ob die UN-Völkermordkonvention auf diesen Fall anwendbar ist, haben Bundestag und Bundesregierung mehrfach die historische und moralische Verantwortung Deutschlands betont. In einer EntschlieÙung, die zugleich tiefes Bedauern und Trauer zum Ausdruck brachte, forderte das Parlament bereits 2004, dass sich Deutschland seiner kolonialen Vergangenheit in aller Klarheit und Deutlichkeit stellt. Im selben Jahr entschuldigte sich die damalige Bundesministerin für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, in Namibia für die von Deutschen begangenen Verbrechen. Die Erwartungen an Deutschland, sich mit dieser Gewaltgeschichte auseinanderzusetzen, sind unter den Nachkommen der Opfer weiterhin hoch.

In der Bundestagsdebatte über die Massaker an den Armeniern habe ich gesagt, dass die heutige türkische Regierung nicht verantwortlich für das ist, was vor 100 Jahren geschehen ist. Das gilt auch für Deutschland. Aber wie die Türken tragen auch wir Verantwortung dafür, wie wir mit dieser Geschichte umgehen.

Briefe, in denen sich Bürger nach der Armenien-Debatte an mich wandten, zeigen die in den vergangenen Jahren gewachsene Sensibilität für das Schicksal der Herero und Nama. Petitionen belegen den Wunsch nach einer klaren Haltung des Staates. Die Bundesregierung führt deshalb seit einem Jahr einen Dialog mit der namibischen Regierung, um zu einem gemeinsamen Standpunkt und zu einer gemeinsamen Sprache in der Auseinandersetzung um den grausamen Kolonialkrieg der Jahre 1904 bis 1908 zu finden.

So wenig wie im Falle der Massaker an den Armeniern lässt sich die Debatte auf einen Begriff reduzieren – Völkermord – und das Thema damit für erledigt erklären. Die klare Benennung dessen, was geschehen ist, kann nur der Anstoß zu einem Versöhnungsprozess sein, der allein im Austausch und Dialog möglich ist. Dem dienen bereits heute zahlreiche Projekte, die Deutschland in Namibia seit Jahren unterstützt.

Dazu gehören die Beteiligung am Aufbau eines Dokumentationszentrums zur Aufarbeitung der Geschichte des namibischen Widerstands im Nationalarchiv in Windhoek und die Restaurierung der Gedenkstätte Memorial Park Cemetery bei Swakopmund/Kramersdorf. Die besondere Verantwortung Deutschlands für seine frühere südwestafrikanische Kolonie wird auch im Umfang der deutschen Entwicklungshilfeleistungen für den inzwischen unabhängigen Staat Namibia deutlich: Es sind die höchsten pro Kopf in Afrika. In einer Sonderinitiative wurden in den vergangenen Jahren zusätzlich mehr als 30 Millionen Euro zur Kommunalentwicklung in den von der deutschen Kolonialherrschaft besonders betroffenen Siedlungsgebieten bereitgestellt.

Die Kolonialgeschichte unseres Landes endete 1919, als die Siegermächte des Ersten Weltkriegs im Versailler Vertrag Deutschland sämtliche Kolonien nahmen. Sie wirkt aber in den ehemals beherrschten Territorien, auf denen sich eigene Staaten herausgebildet haben, bis heute nach. Gerade in diesem Jahr, in dem wir den 25. Jahrestag der deutschen Einheit feiern werden, sollten wir nicht übersehen, dass 1990 auch für Namibia ein historisches Jahr war. Nach dem Ersten Weltkrieg war Südwestafrika zum Mandatsgebiet des Völkerbundes geworden; Jahrzehnte eines blutigen Befreiungskrieges gegen das als Mandatsmacht eingesetzte Südafrika folgten. Erst vor 25 Jahren erlangte Namibia seine staatliche Unabhängigkeit. Schmerzhaft verbindet die Geschichte unsere beiden Länder. Doch seit 1990 sind auch enge, freundschaftliche Beziehungen entstanden. Darauf können und sollten wir aufbauen.

Norbert Lammert (CDU) ist seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages